

mittelstands magazin

DAS MAGAZIN DER **MIT**
FÜR ENTSCHEIDER IN
WIRTSCHAFT UND POLITIK

04
2023

DEZEMBER 2023
WWW.MIT-BUND.DE
ISSN 1865-8873

DEUTSCHER MITTELSTANDSPREIS 2023 VERLIEHEN

MIT zeichnet Mut und Haltung aus



Ministerpräsident Reiner Haseloff
im Exklusiv-Interview



Mit 75 Jahren unter Strom stehen? Machen wir.

Seit 75 Jahren gestaltet die KfW die Zukunft und unterstützt den Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft. Zum Beispiel mit Projekten zur Förderung der Energiewende.

[kfw.de](https://www.kfw.de)



Deutschland braucht „Mut. Ideen. Taten.“

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,



„Unsere Kinder sollen es einmal besser haben.“ Für dieses Ziel krepelten die Deutschen jahrzehntelang die Ärmel hoch. Sie wussten: Wer sich anstrengt, hat die Chance auf eine kleine Wohnung, einen Urlaub, gute Ausbildung. Wohlstand für alle – mit diesem Aufstiegsversprechen ist Deutschland groß geworden.

Heute scheint sich Leistung nicht mehr zu lohnen. Bei den Bundesjugendspielen werden Stoppuhr und Maßband abgeschafft. In manchen Ländern sogar die Noten. Den Traum vom Eigenheim hat die Ampel abrupt beendet. Die KfW-Förderung wurde über Nacht geschleift. Dann hat die Ampel den Heizungshammer durchgepeitscht. Der Urlaub ist für viele kaum mehr bezahlbar. Die Inflation frisst Kaufkraft und Rücklagen. Ein künstlich verknapptes Energieangebot heizt die Preise an.

Und die Ampel? Streitet. Diskutiert über Gendern und freie Geschlechterwahl, aber nicht über dringende Reformen. Will Werbung für Brezeln verbieten, aber Joints erlauben. Schafft mit dem Bürgergeld Fehlanreize. 2 Millionen Arbeitsplätze sind offen – bei 3,9 Millionen arbeitsfähigen Transferempfängern. Und trickst mit Haushaltsmanövern. Die Koalition will oder kann es nicht.

Deutschland braucht einen Neuanfang. Die Substanz dafür ist da – mit mehr als 3,3 Millionen Betrieben und 45 Millionen Erwerbstätigen. Sie stehen für Mut, Ideen, Taten. Sie brauchen keinen Amtsvormund, sondern einen Befreiungsschlag.

Das Rezept dafür haben wir auf dem Bundesmittelstandstag in Kiel vorgelegt – mit unserem Leittrag „Mut. Ideen. Taten.“. Leistung muss sich wieder lohnen. Wer arbeitet, muss deutlich mehr haben. Denn Wohlstand ohne Anstrengung ist eine Illusion. Das muss wieder Leitbild unseres Landes werden.

Eine Antwort lautet: Mehr Netto vom Brutto. Gehälter müssen mit der Inflation Schritt halten können. Derzeit wird der Lohnausgleich vom Staat wegbesteuert. Die Ampel sieht zu, kassiert und verteilt dann um. Aber der Staat ist kein Gutsherr. Die Bürger und Betriebe brauchen keine Almosen, sie brauchen Entlastung. Deshalb: Weg mit dem Mittelstandsbauch. Her mit höheren Grundfreibeträgen.

Her mit dem Tarif auf Rädern. Die Besteuerung von Unternehmen muss reformiert und international wettbewerbsfähig werden. Alle Betriebe sollten unabhängig von der Rechtsform die Möglichkeit haben, sich nach dem Unternehmenssteuerrecht besteuern zu lassen.

Beim Bürgergeld ist Maß und Mitte verloren. Die Erhöhung um 12 Prozent zum 1. Januar ist untragbar. Und all den fleißigen Arbeitnehmern in unserem Land nicht vermittelbar. Das Bürgergeld in der jetzigen Form muss abgeschafft und durch ein anderes Modell ersetzt werden. Jeder, der arbeiten kann, soll auch arbeiten. Wir müssen die Anreize zur Jobaufnahme erhöhen. Wer nach sechs Monaten noch keine neue Arbeit gefunden hat, soll eine Tätigkeit vermittelt bekommen – auch eine gemeinnützige. So kann er der Gesellschaft etwas zurückgeben. Das wäre wahre Solidarität.

Die Rente mit 63 gehört nicht mehr in die Zeit. Sie ist teuer. Und überflüssig. Viele Beitrags-, Steuerzahler und Rentner finanzieren mit Abermilliarden ein System, das unserem Land in Summe schadet. Denn derzeit lockt der Staat erfahrene Fachkräfte in die Frührente, während der Arbeitsmarkt für Fachkräfte leergefegt ist. Damit muss Schluss sein.

Runter mit den bürokratischen Lasten! Das schont das Konto von Betrieben und Bürgern. Die Bürokratie frisst inzwischen drei Prozent der Umsätze auf. Wir fordern eine Datenerhebungsschranke. Wenn der Staat schon konkrete Daten hat, darf er diese nicht noch einmal erheben – wie etwa bei der Grundsteuer. Bürger und Betriebe sind nicht die Daten-Lakaaien des Staates.

Dies sind nur einige Beispiele. Aber sie zeigen: Wir können das Aufstiegsversprechen erneuern. Mit Mut. Ideen. Taten. Deutschland kann wieder Aufstiegsland werden. Packen wir es an.

Gitta Connemann MdB
MIT-Bundesvorsitzende

Impressum

Herausgeber:

Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), vertreten durch die Bundesvorsitzende Gitta Connemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Fabian Wendenburg

Schadowstraße 3, 10117 Berlin
E-Mail: redaktion@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredaktion:

Fabian Wendenburg

Chef vom Dienst:

Dr. Juliane Berndt

Redaktion:

Dr. Christoph Sprich
Bastian Pophal

Verlag, Anzeigenleitung und Druck:

Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubg365.de
www.ubg365.de
Geschäftsführer: Jonathan Schreyer,
Heinrich Rentmeister
Projektleitung: Sonja Bach-Meiers

Art-Direktion:

UBG Büro Berlin

Titelbild:

Tobias Koch

Druckauflage:

26000 Exemplare

Anzeigenverkauf:

Nielsen I, II, V, VI
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de

Nielsen IIIa, IIIb, IV, VII
Braun Medien GmbH
Telefon: 0221 7881443
E-Mail: braun@braun-medien-gmbh.de

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung. © Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint sechsmal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.



MIT:EDITORIAL

Deutschland braucht „Mut. Ideen. Taten.“

3

von Gitta Connemann MdB

MIT:KOLUMNE

BILD-Redakteur Elias Sedlmayr fragt: „Kriegstüchtig“ – nur wie?

8

MIT:THEMA

Glanzvolle Gala: Der Mittelstandspreis 2023 stand ganz im Zeichen der Solidarität mit Israel

10

MIT:STANDPUNKT

Chefredakteur Fabian Wendenburg erläutert, warum die Schuldenbremse bleiben muss

14

MIT:THEMA

Der Bundesmittelstandstag in Kiel stellte die Weichen für die Zukunft der MIT

16



20

**MIT:INTERVIEW**

Ministerpräsident Reiner Haseloff über
Mittelstandspolitik im Osten und das
Mega-Thema Migration **22**

MIT:ERKLÄRT

Parteienlandschaft in Aufruhr: Schließt
Wagenknecht das „Hufeisen“? **28**

MIT:FAKTEN

Zweifel am Standort wachsen	6
Jedes 8. Unternehmen arbeitet mit KI	6
Fachkräftemangel und Bürokratie belasten Mittelstand	7
Unternehmer sehen Energiewende immer kritischer	7
Anteil der existenzbedrohten Unternehmen gestiegen	9
Lieber im Ausland investieren	9
Angezählt	9

MIT:INSIDE

EU-Check	30
Energiewende in Gefahr	30
Forschungsstandort stärken	31
Habecks Industriestrategie ist „Staatwirtschaft“	31
Wagenknecht-Bündnis ist gefährlich für die Wirtschaft	32
Keine Streiks an Feiertagen	32
EU-Parlament kippt Pestizid-Regelung	32
Neumitglieder	33
Mitgliederstatistik	34

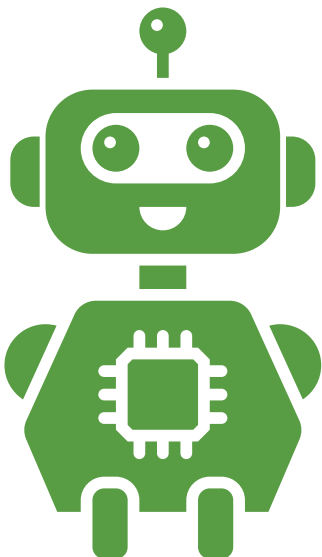
20





Zweifel am Standort wachsen

Deutschlands Mittelstand sieht die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts in Gefahr. Die Folge: Mehr als ein Drittel der Unternehmen strebt eine kurzfristige Umstrukturierung an. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Befragung der DZ Bank unter mittelständischen Geschäftsführern im Herbst 2023. Der zentrale Grund für die zunehmende Standortsschwäche sind die hohen Energiepreise. 81 Prozent der Unternehmen sind der Meinung, dass Deutschland im internationalen Vergleich entscheidend zurückgeworfen wurde. Rund die Hälfte der Mittelständler ist der Auffassung, dass Deutschland der kranke Mann Europas geworden ist. Unter den ostdeutschen Bundesländern stimmen dieser These sogar 55 Prozent zu.



Jedes achte Unternehmen arbeitet mit KI

Von wegen Zukunftsmusik: Etwa jedes achte Unternehmen (12 Prozent) in Deutschland nutzt bereits Künstliche Intelligenz (KI). Allerdings ist das eine Frage der Größe: Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, setzen große Unternehmen ab 250 Beschäftigten weitaus häufiger KI-Technologie ein als kleine und mittlere Unternehmen. So nutzt gut jedes dritte Großunternehmen (35 Prozent) KI, aber nur jedes sechste (16 Prozent) mittlere Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten und jedes zehnte (10 Prozent) kleine Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten.

Die Unternehmen, die KI einsetzen, verwenden diese Technologien vorrangig für

die Buchführung, das Controlling oder die Finanzverwaltung (25 Prozent der Unternehmen), die IT-Sicherheit (24 Prozent), für Produktions- oder Dienstleistungsprozesse (22 Prozent) sowie zur Organisation von Unternehmensverwaltungsprozessen oder das Management (20 Prozent).

Am häufigsten nutzen diese Unternehmen dabei KI-Technologien zur Spracherkennung (43 Prozent), zur Automatisierung von Arbeitsabläufen oder zur Hilfe bei der Entscheidungsfindung (32 Prozent) sowie Technologien zur Analyse von Schriftsprache beziehungsweise Text Mining (30 Prozent).

Fachkräftemangel und Bürokratie belasten Mittelstand

Die wirtschaftliche Erholung des Mittelstands lässt auf sich warten. Gemäß der aktuellen Mittelstandsstudie des Bundesverbands der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) haben sich im Herbst sowohl die Geschäftserwartungen als auch die Geschäftslage der mittelständischen Unternehmen deutlich eingetrübt.

Das Dauerproblem Fachkräftemangel wird von den Mittelständlern erneut als ihr größtes Problem identifiziert. Zuletzt waren hiervon 79 Prozent betroffen. Auf Rang zwei der größten Probleme folgt die Bürokratie. Das war zuletzt vor zwei Jahren der Fall. Mittlerweile bereitet die Bürokratiebelastung immerhin drei Vierteln der Mittelständler Sorgen.

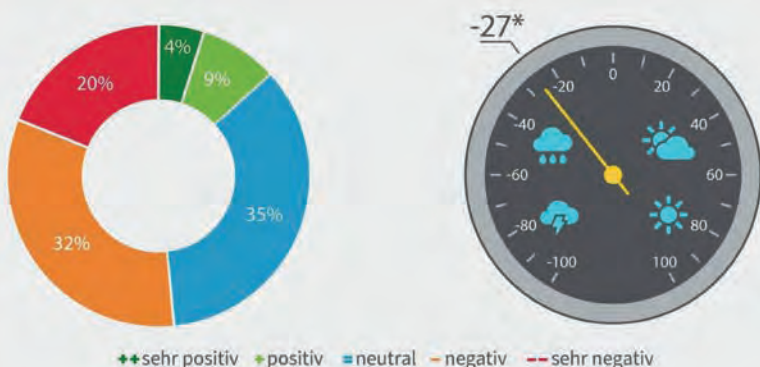
TOP 5-Herausforderungen: Belastung durch Bürokratie und Personalkosten steigt



Quelle: VR Mittelstandsumfrage, VR Bilanzanalyse

Unternehmer sehen Energiewende immer kritischer

2023: Wie beurteilen Sie insgesamt die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens?



* Barometerwert, alle weiteren Angaben in Prozent.
Der Barometerwert wird als gewichtete Differenz zwischen ‚sehr positiv‘ und ‚positiv‘ sowie ‚sehr negativ‘ und ‚negativ‘ berechnet.

Quelle: DIHK

Das Vertrauen der deutschen Wirtschaft in die Energiepolitik ist auf dem Tiefpunkt – das zeigt das Energiewende-Barometer 2023 der IHK, an dem sich 3.572 Unternehmen aus allen Branchen und Regionen beteiligt haben. Es weist den schlechtesten Wert seit dem Start der Befragungen im Jahr 2012 aus.

Für 52 Prozent der Unternehmen wirkt sich die Energiewende sehr negativ oder negativ auf das eigene Geschäft aus, für nur 13 Prozent sehr positiv oder positiv. Im Saldo ergibt sich auf einer Skala von minus 100 („sehr negativ“) bis plus 100 („sehr positiv“) ein Barometerwert von minus 27. In den letzten beiden Jahren lag der Wert nur bei minus 7, der bisherige Tiefstand von minus 13 im Jahr 2014 war die Folge von zusätzlichen Energieumlagen und Abgaben.

„Kriegstüchtig“ – nur wie?

Von Elias Sedlmayr



Elias Sedlmayr ist Politikredakteur für BILD und BILD am SONNTAG und schreibt vorrangig über innenpolitische Themen. Vor seiner Tätigkeit bei Axel Springer arbeitete er als Referent im Europäischen Parlament. Er studierte als Stipendiat der Studienstiftung des deutschen Volkes an der Zeppelin Universität, Friedrichshafen.

Das Positive gleich vorweg: Der Verteidigungsetat hat die von der Bundesregierung selbstverursachte Haushaltskrise bislang einigermaßen unbeschadet überstanden. Der wohltrainierte politische Reflex, beim Sparen dort anzusetzen, wo es die Bürger in ihrem Alltag am vermeintlich wenigsten trifft (Verteidigung), hat noch nicht gezuckt.

Mit guter Verteidigungspolitik ließ sich in Deutschland auch 2023 „kein Blumentopf“ gewinnen. Die Notwendigkeit teurer Investitionen in die Wehrhaftigkeit unseres Landes scheint aber in der demokratischen Mitte unseres Landes angekommen. Der überfälligen Einsicht vorausgehen musste die Kriegsflucht von mehr als einer Millionen Ukrainern nach Deutschland. Das zeigt, was spätestens seit dem Flüchtlingsstrom ab 2015 richtig ist: Die Krisenherde in unserer europäischen Nachbarschaft treten nicht länger bloß in den Auslandsteilen von FAZ und NZZ hervor. Jede Gemeinde hat mit ihnen zu kämpfen.

In dieser Gemengelage steht Deutschland sicherheitspolitisch blank dar. Für sich genommen ist unser Land, sprechen wir es einmal aus, seit Jahren verteidigungsunfähig. Das Abschreckungspotenzial der Bundesrepublik gegenüber Russland und anderen Aggressoren beschränkt sich auf die Teilhabe am US-amerikanischen Atomschirm. Der Zustand der nationalen Sicherheit hängt am Tropfen von rund 250 Millionen wahlberechtigten US-Amerikanern, die in weniger als einem Jahr aus überwiegend innenpolitischen Erwägungen heraus einen Präsidenten wählen werden.

Der Weg zur sicherheitspolitischen Souveränität, gemeinhin auch Zeitenwende genannt, wird Deutschland nicht weniger als eine langwierige nationale Kraftanstrengung abverlangen. Er offenbart vor allem ein Dilemma in der Beschaffung, ruft der Status quo innerhalb der geopolitischen Lage viel eher nach raschen, einigermaßen zügig umsetzbaren Lösungen.

Wer schnell, so wie Verteidigungsminister Boris Pistorius, „kriegstüchtig“ werden will, ist geneigt, marktverfügbares Gerät auf dem Weltmarkt einzukaufen, vorrangig bei den Amerikanern. Zu nennen sind hier der US Tarnkappenbomber Lockheed F-35, der schwere Transporthubschrauber

Boeing CH-47 oder das neue israelisch-amerikanische Raketenabwehrsystem Arrow 3.

Nach Jahren sogenannter „Goldrandlösungen“, in denen die Bundeswehr die deutsche Industrie mit Sonderwünschen geradezu überzog (und nicht, wie gern behauptet wird, andersherum), zeugt diese Praxis scheinbar von neugefundenem Pragmatismus und Realismus – in der Sache sind die Vorhaben allesamt richtig. Tatsächlich erkennen wir aber – analog zur Regierungspolitik in anderen Politikfeldern (Heizungs-Gesetz) – eine neue staatliche Obrigkeit, nach deren Maßgabe bei der deutschen Industrie nur bestellt werden soll, wenn sie denn sofort das Passende parat habe, möglichst noch billiger als anderswo. Dabei war es die Politik, die es jahrzehntelang verschlafen hat, notwendige Entwicklungsprojekte rechtzeitig anzustoßen. Jetzt verkommt Pragmatismus zu strategisch kurzsichtigem Aktionismus, die Industrie zum Bittsteller, die Zeitenwende zum Standort-Killer. Nötig wäre stattdessen ein „sowohl als auch“, in dem kurzfristigen Bedarfe und langfristige strategische Überlegungen einander ergänzen.

Genau das hat Friedrich Merz in seiner verteidigungspolitischen Grundsatzrede bei der „Gesellschaft für Sicherheitspolitik“ Ende November auf den Punkt gebracht, als er sagte: „Das Argument der nationalen Sicherheit muss bei Beschaffungen in Erwägung gezogen werden.“ Hoffentlich braucht es keinen Präsidenten Trump, bis diese Erkenntnis auch bei der Ampel angekommen ist. ●

Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

Anteil der existenzbedrohten Unternehmen gestiegen

Gegenwärtig sehen sich 6,8 Prozent der deutschen Unternehmen in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht, meldet das ifo Institut. In der vorherigen Erhebung im Januar 2023 waren es 4,8 Prozent. Im Bauhauptgewerbe stieg der Anteil von 5,1 auf 8,9 Prozent. Das ist der höchste Wert für den Bau, seit die Frage im Juni 2020 das erste Mal gestellt wurde. Insbesondere Unternehmen aus dem Transport- und Logistikwesen (14 Prozent), den Personalagenturen

(13,9 Prozent) und der energieintensiven Chemischen Industrie (12,5 Prozent) berichten von wirtschaftlichen Sorgen. Der Einzelhandel ist weiterhin stark betroffen. Hier sehen sich 10,3 Prozent der Unternehmen in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht (Januar: 8,3 Prozent).



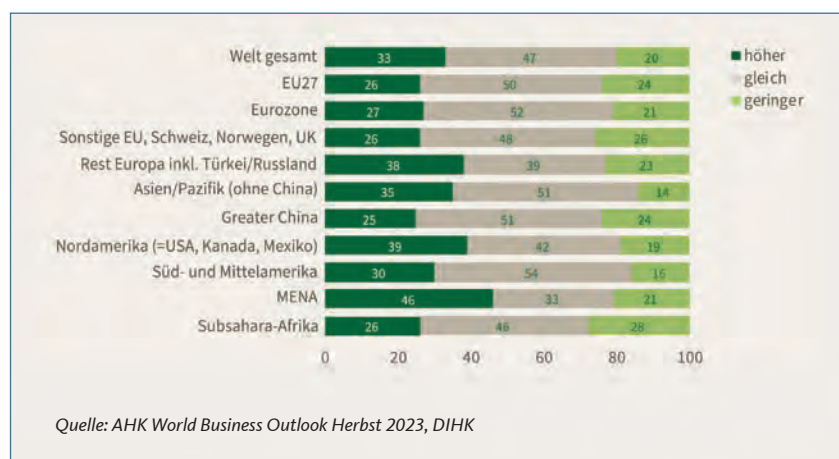
Lieber im Ausland investieren

Die deutschen Unternehmen spüren nach einer Umfrage der Auslands-handelskammern (AHK) auch an ihren internationalen Standorten eine insgesamt abgekühlte Konjunktur. Trotz der damit verbundenen Herausforderungen bauen sie ihr weltweites Engagement dennoch aus.

Denn: Anders als in Deutschland sehen wir bei den deutschen Unternehmen im Ausland immerhin eine gewisse Aufbruchstimmung.

Ein Drittel der Befragten (33 Prozent) beabsichtigt, seine Investitionen in den kommenden zwölf Monaten zu erhöhen, während ein Fünftel (20 Prozent) weniger investieren möchte. Insbesondere in Nordamerika, der MENA-Region (Naher Osten und Nordafrika) und im

Investitionsabsichten der Unternehmen (in Prozent, Mehrfachantworten möglich)



Asien-Pazifik-Raum (ohne Greater China) planen die Unternehmen mit höheren Investitionsbudgets.

In Europa und China zeigen sich die Betriebe hingegen zurückhaltender.

„Angezählt“

... sind die Textilbranche und unsere Krankenhäuser. Nach einer Studie des Kreditversicherers Allianz Trade kommt es in der deutschen Wirtschaft mehr und mehr zu großen Pleitefällen. Als Großinsolvenzen gelten Pleiten von Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mindestens 50 Millionen Euro. Die Zahl der großen Pleiten in Deutschland nimmt der Studie zufolge mit bereits 45 Fällen in

den ersten neun Monaten 2023 Kurs auf das Rekordniveau von 2020. Zum Vergleich: Im gleichen Zeitraum im Jahr 2022 seien es mit 26 großen Insolvenzen ein gutes Drittel weniger gewesen. Traurige Spitzenplätze: Insgesamt zwölf große Textilunternehmen und Modeeinzelhändler seien bis September 2023 in die Insolvenz geschlittert, außerdem sechs Kliniken.

GLANZVOLLE GALA IN BERLIN

Mittelstandspreis der MIT

Was für ein Abend! Am 14. November haben wir im Allianz Forum am Brandenburger Tor den Deutschen Mittelstandspreis der MIT 2023 verliehen. Die MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann moderierte die Gala vor rund 400 geladenen Gästen.

Den Sonderpreis für ihr herausragendes Engagement um die Aussöhnung zwischen Juden und Deutschen erhielt die Verlegerin Friede Springer. Die Laudatio auf die stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Axel Springer SE hielt der Vorsitzende der CDU Deutschlands, Friedrich Merz. Er erklärte: „Friede Springers unternehmerisches und persönliches Handeln steht seit Jahrzehnten im Zeichen des Einsatzes gegen Antisemitismus. Wie dringend es dieses Einsatzes bedarf, wird uns in diesen Wochen auf schreckliche Weise vor Augen geführt. ‚Nie wieder‘ gilt es jetzt zu verteidigen, und Friede Springer ist darin ein Vorbild. Sie zeigt mit ihrer Arbeit unermüdlich, was es heißt, als Deutsche das Erbe der Shoa anzunehmen.“ Die MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann ergänzte: „Loyalität zu Israel ist das Gebot der Stunde. Friede Springer zeigt seit Jahrzehnten diese Haltung – couragiert, meinungsstark und eindrucksvoll.“

Der Preis in der Kategorie Politik wurde an den österreichischen Bundesminister für Finanzen Magnus Brunner vergeben. Geehrt wurde er für seine Steuerreform, seinen klaren haushaltspolitischen Sparkurs und sein ordnungspolitisches Staatsverständnis. Die Laudatio auf Brunner hielt Bundesfinanzminister Christian Lindner.

In der Kategorie Gesellschaft wurde der Philosoph und Staatsminister a. D. Julian Nida-Rümelin ausgezeichnet. Die Jury erkennt damit seinen leidenschaftlichen Einsatz für eine vernunftbasierte Diskurskultur auf der Grundlage von Fakten und

Argumenten an. Die Laudatio wurde von dem Präsidenten der Konrad-Adenauer-Stiftung und Bundestagspräsidenten a. D. Norbert Lammert gehalten.

In der Kategorie Unternehmen ging der Deutsche Mittelstandspreis an die Sonotec GmbH aus Halle/Saale. Der mittelständische Betrieb bietet weltweit führende Lösungen im Bereich Präzisionsmesstechnik für Medizintechnik, Biotechnologie sowie die Halbleiterbranche an. Die Laudatio auf Sonotec hielt die Jury-Vorsitzende und stellvertretende MIT-Bundesvorsitzende Jana Schimke.

Die MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann erklärte: „Die Herausforderungen in diesen Tagen sind gewaltig – politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich. Gerade in Zeiten von Krisen und Umbrüchen hat der Ruf nach dem Staat Konjunktur. Mit unseren herausragenden Preisträgerinnen und Preisträgern setzen wir ein klares Statement gegen diesen Trend: Nur mit Eigenverantwortung, mit Mut und Engagement lässt sich echte Veränderung herbeiführen. Sie alle haben Mut zur Haltung, sie alle haben Rückgrat. Das ist heute wichtiger denn je, denn Daten und Fakten stehen im Wettbewerb mit Emotionen und Vorurteilen.“

Mit dem Deutschen Mittelstandspreis der MIT zeichnet die Mittelstands- und Wirtschaftsunion seit 2014 Persönlichkeiten, Initiativen und Unternehmen in den Kategorien Politik, Gesellschaft und Unternehmen aus. Voraussetzung ist ein besonderer Einsatz für die Freiheit und die Soziale Marktwirtschaft. Bisherige Preisträger waren unter anderem Reiner Haseloff, der Borussia-Dortmund-Geschäftsführer Hans-Joachim Watzke, Michael Kretschmer, Wolfgang Schäuble und die fünf Wirtschaftsweisen.





an Friede Springer, Magnus Brunner, Julian Nida-Rümelin und Sonotec



Bild oben: MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann (Mitte) mit MIT-Hauptgeschäftsführer Fabian Wendenburg, Magnus Brunner, Norbert Lammert, Friede Springer, Julian Nida-Rümelin, der Jury-Vorsitzenden Jana Schimke sowie Manuela und Michael Münch von der Firma Sonotec (v.l.n.r.). Voll besetzt – Preisverleihung im Allianzforum (Foto links). Gut gelaunte Laudatoren – CDU-Vorsitzender und Oppositionsführer Friedrich Merz mit FDP-Finanzminister Christian Lindner (Foto rechts)



1. Philipp Amthor MdB gratuliert Friede Springer, Preisträgerin in der Kategorie Sonderpreis
2. Grußwort von Henriette Götze, Personalvorständin der Allianz Lebensversicherungs-AG
3. Friedrich Merz (r.) neben Matthias Döpfner, Vorstandsvorsitzender der Axel Springer SE
4. Interview mit dem israelischen Botschafter Ron Prosor (2. v. r.), Gitta Connemann, Friede Springer und Friedrich Merz (v. l. n. r.)
5. Finanzminister Christian Lindner überreicht seinem österreichischen Kollegen Dr. Magnus Brunner den Preis für die Kategorie Politik
6. Tilman Kuban MdB im Gespräch
7. Laudator Friedrich Merz gratuliert Preisträgerin Friede Springer sichtlich erfreut
8. Friede Springer eingerahmt von der aktuellen und dem ehemaligen MIT-Vorsitzenden: Gitta Connemann und CDU-Generalsekretär Carsten Linneemann
9. Preisträger Magnus Brunner, Finanzminister der Republik Österreich
10. Jury-Vorsitzende und MIT-Präsidiumsmitglied Jana Schimke
11. Bundestagsabgeordnete Catarina dos Santos-Wintz hört gespannt zu
12. MIT-Hauptgeschäftsführer Fabian Wendenburg mit dem Laudator in der Kategorie Gesellschaft und Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Norbert Lammert
13. Die stellvertretende CDU-Generalsekretärin Christina Stumm im direkten Austausch
14. Im Gespräch mit den Gästen: MIT-Bundesvorstandsmitglied Andrea Klieve (r.)





Die Schuldenbremse muss stehen



Das Karlsruher Urteil weist den Weg: Ein Plädoyer von Chefredakteur Fabian Wendenburg für nachhaltige Finanzen

Mit seinem weitreichendem Urteil vom 15. November 2023 hat das Bundesverfassungsgericht die Schuldenbremse gestärkt. Das Gericht hat nicht nur den zweiten Nachtragshaushalt aus 2021 für verfassungswidrig erklärt und damit festgestellt, dass Kreditermächtigungen zur Bewältigung der Corona-Krise nicht für Zwecke des Klimaschutzes umgewidmet werden dürfen. Das Urteil setzt darüber hinaus der jetzigen und künftigen Haushaltspolitik klare Grenzen.

Die Schuldenbremse besagt, dass der Bund sich nur in Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes verschulden darf. Die Länder müssen im Grundsatz eine Nullverschuldung erreichen. Die Schuldenbremse ist jedoch nicht statisch: Zum einen erhöht die so genannte „Konjunkturkomponente“ in konjunkturell schlechten Zeiten die Möglichkeit der Neuverschuldung und reduziert sie in konjunkturell guten Zeiten. Zum anderen kann „im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich

der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen“, die Kreditobergrenze überschritten werden. Dafür bedarf es einer Mehrheit im Deutschen Bundestag.

Die MIT hat sich in ihrem Beschluss „Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen sichern“ vom Februar 2023 klar zu einer konsequenten Anwendung der Schuldenbremse bekannt und einen transparenten Umgang mit Sondervermögen und Nachtragshaushalten eingefordert. Denn es gibt gute Gründe für die Schuldenbremse:

- Die Schuldenbremse schafft Generationengerechtigkeit. Jede Generation hat mit ihren eigenen Krisen zu kämpfen. Die Herausforderungen der heutigen Generation dürfen nicht über hohe Schulden auf dem Rücken der kommenden Generation bewältigt werden.
- Die Schuldenbremse fördert Haushaltsdisziplin und ist eine Abgaben- und Sozialstaatsbremse. Ohne eine strenge Obergrenze hätte die Politik wenig Anreize für Reformen und Strukturveränderungen und könnte mit Schulden die schwierige, aber notwendige Aufgabe, politische Ziele zu priorisieren, vermeiden. Mit der Schuldenbremse muss die Politik mit dem auskommen, was sie hat: Insgesamt sind das prognostizierte Steuereinnahmen von 962 Milliarden Euro in 2024 und 1.009 Milliarden Euro in 2025.
- Die Schuldenbremse schafft Spielräume. Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums werde der Kapitaldienst des Bundes bald 40 Milliarden Euro betragen. Dieses Geld fehlt künftigen Bundesregierungen und Generationen. Weitere Verschuldung schränkt daher künftige Spielräume ein.
- Die Schuldenbremse bremst Inflation. Schuldenfinanzierte Staatsausgaben vergrößern die umlaufende Geldmenge und heizen Preissteigerungen an.

Das Bundesverfassungsgericht setzt dem Haushaltsgesetzgeber in seinem Urteil klare Leitplanken:

- Sondervermögen dürfen nicht genutzt werden, um die Schuldenbremse zu umgehen: „Eine kreditfinanzierte Zuführung an ein Sondervermögen kann (...) nicht von den Begrenzungen der staatlichen Kreditaufnahme für das jeweils betroffene Haushaltsjahr entbinden.“
- Eine Notsituation darf nicht nach Belieben ausgerufen werden: „Die Folgen von Krisen, die lange absehbar waren oder gar von der öffentlichen Hand verursacht worden sind, dürfen nicht mit Notkrediten finanziert werden.“
- Der Klimawandel ist keine Notsituation im Sinne der Schuldenbremse: „Begriffe man den Klimawandel als Notsituation (...), käme dies einer faktischen Abschaffung der Schuldenbremse gleich.“

In Folge des Karlsruher Urteils wird insbesondere von SPD und Grünen, aber auch aus Teilen der Wirtschaft und Wissenschaft, eine Reform der Schuldenbremse ins Spiel gebracht, um kreditfinanzierte Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen. Die Schuldenbremse dürfe nicht zur „Zukunftsbremse“ werden.

Gegen dieses auf den ersten Blick nachvollziehbare Argument gibt es jedoch gewichtige Einwände:

Erstens schwächt es das Vertrauen in unseren Rechtsstaat, wenn das Grundgesetz „nach Kassenlage“ geändert würde. Zweitens sind auch Schulden für Investitionen Schulden, die unsere Kinder und Enkel zurückzahlen müssen und die allein durch den Kapitaldienst künftige Spielräume einschränken. Drittens ist der zweifelsohne bestehende Investitionsbedarf in Deutschland nicht Folge einer Sonder-situation, sondern Kernaufgabe des Staates sowie der Unternehmen. Die staatlichen Investitionsvorhaben sollten auch aus dem Kernhaushalt bestritten werden (können). Viertens besteht die Gefahr, dass nach und nach immer mehr Staatsausgaben als „Investitionen“ deklariert werden und die Schuldenbremse so ad absurdum geführt wird. Als Erinnerung: Genau die inflationäre Umdeutung von Ausgaben als Investitionen war der Grund, die Schuldenbremse 2009 einzuführen.

Das Bundesverfassungsgericht stärkt mit seinem Urteil die Haltung der MIT für eine konsequente Anwendung der Schuldenbremse: Nun ist die Zeit für nachhaltiges Haushalten, für Haushaltstransparenz sowie für Priorisierungen und einen effizienten Einsatz der zur Verfügung stehenden Steuereinnahmen. ●



Fabian Wendenburg
Chefredakteur
wendenburg@mit-bund.de

16. BUNDESMITTELSTANDSTAG IN KIEL

MUT.IDEEN.TATEN

MIT beschließt Leitplanken gegen den Absturz

Die deutsche Wirtschaft schrumpft, während die Weltwirtschaft und die Wirtschaft in den Nachbarländern wachsen. Mit einem 10-Punkte-Plan hat der 16. Bundesmittelstandstag (BMT) sich für eine Rückbesinnung auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft ausgesprochen: „Im Grundsatz für die Freiheit, im Zweifel für die Ordnung, im Notfall für die Bedürftigkeit“, bekräftigte die MIT-Bundsvorsitzende Gitta Connemann MdB, die mit über 90 Prozent im Amt bestätigt wurde.

Rund 450 Delegierte haben sich am 8. und 9. September zum 16. BMT in der nördlichsten Landeshauptstadt zusammengefunden. Im Mittelpunkt standen die Unzufriedenheit mit der Wirtschafts- und Energiepolitik im Bund sowie die Lage des Industriestandorts Deutschland. Nachdem man vor zwei Jahren pandemiebedingt noch auf eine digitale Versammlung ausweichen musste, trafen sich die Delegierten sowie zahlreiche Gäste dieses Mal in der Kieler Wunderino-Arena, in der ansonsten der Handball-Rekordmeister THW Kiel seine Spiele bestreitet.

Energiewende, Rohstoffknappheit, Fachkräftemangel: Mittelständische Unternehmen stehen derzeit vor vielen Herausforderungen. Immer mehr Firmen wandern ab. Die Gründe sind vielschichtig, vor allem aber zu viel Bürokratie, hohe Energiepreise und stetig steigende Sozialabgaben. Der Wirtschaftsstandort Deutschland verliert immer mehr an Attraktivität.

Der BMT fordert mit seinem Leitbeschluss „Mut. Ideen. Taten. – Deutschlands Absturz verhindern. – Grundsätzlich Mittelstand.“ daher ein Belastungsmoratorium für die Betriebe, umfassenden Bürokratieabbau, ordnungspolitisch sinnvolle Maßnahmen zur Senkung der Energiepreise sowie eine Deckelung der Sozialabgaben auf maximal 40 Prozent. Das höchste Gremium der MIT sprach sich zudem für mehr Investitionen, inklusive einer Beschleunigung von Planungen und Genehmigungen, eine bessere Unterstützung von Gründerinnen und Gründern durch mutige Gründerschutzzonen sowie ein interessengerechtes Agieren in der Europapolitik aus. In über 60 weiteren An-



1

1. Mit über 90 Prozent im Amt bestätigt: Die alte und neue MIT-Bundsvorsitzende Gitta Connemann
2. CDU-Vorsitzender Friedrich Merz während seiner Rede am Freitagabend
3. Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther begrüßt die Delegierten in der Landeshauptstadt Kiel
4. „Einfach mal machen!“ – CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann
5. Hauptgeschäftsführer, Tagungspräsident und Präsidium beim Singen der Nationalhymne
6. Die Delegierten des Landesverbands Baden-Württemberg stimmen über einen der über 60 Sachanträge ab
7. Günter Kohl überreicht Gitta Connemann ein Trikot des THW Kiel, der regelmäßig seine Heimspiele in der Tagungshalle bestreitet
8. MIT-Bundsvorstandsmitglied Andrea Klieve (2. v.l.), Landesverband NRW
9. Landesverband Niedersachsen: Vorsitzender Holger Bormann und Geschäftsführer Steffen Preugschat
10. Delegierte vor der Sponsorenwand



2



7



3



4



8



9



5



10



6

trägen berieten die Delegierten das weitere inhaltliche Vorgehen für die nächsten zwei Jahre bis zur Bundestagswahl 2025. Zudem wählte der BMT einen neuen Bundesvorstand mit Gitta Connemann an seiner Spitze.

In einer bewegenden Rede skandizierte der CDU-Bundesvorsitzende Friedrich Merz den verlorenen Fokus der Bundesregierung beim Thema Wirtschaft. „Wollen wir eigentlich auf Dauer ein Industrieland bleiben? Ich habe nicht den Eindruck, dass das bei Teilen der Sozialdemokraten und bei sehr großen Teilen der Grünen unstrittig ist“, sagte Merz in seiner Rede am Freitagabend. Er halte es für einen schweren strategischen Fehler, wenn offensichtlich einige davon träumten, dass man mit weniger Industrie Klimaziele schneller erreichen könne. Deutschland müsse ein Land produzierender Industrie bleiben.

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther betonte, Deutschland sei in vielen Bereichen nicht mehr Spitzenreiter. „Das macht etwas mit einer Nation“, sagte der CDU-Landesvorsitzende. Er vermisse zudem den Leistungsgedanken in der Gesellschaft.

Auch der ehemalige MIT-Bundesvorsitzende und erst wenige Wochen zuvor ernannte Generalsekretär der CDU, Carsten Linnemann, hielt eine mitreißende Rede. Den vom Kanzler vorgeschlagenen Deutschland-Pakt zur Modernisierung des Landes bewertete er als „Hilferuf“: Weil die Bundesregierung die ihr übertragenen Aufgaben von Wirtschaftsförderung und Klimaschutz bis Verkehrsplanung, Wohnungsbau und Zuwanderung nicht in den Griff bekomme, sollten andere dies nun richten. Dabei seien bisher alle Vorschläge der Union im Deutschen Bundestag von den Regierungsfractionen abgelehnt worden. „Das ist scheinheilig“, so Linnemann.



1



2



3



4



5



6

T. IDEEN. TATEN. UNDSÄTZLICH TELSTAND



7

1. Friedrich Merz und Gitta Connemann auf dem Weg in die Wunderino-Arena
2. Demokratie lebt vom MITmachen: Rund 450 Delegierte haben in Kiel über 60 Sachanträge beraten
3. Die NRW-Landesvorsitzende Angela Erwin MdL mit Thomas Jarzombek MdB
4. Sponsorenwand: Ohne die zahlreichen Aussteller, Sponsoren und Partner wäre auch der diesjährige Bundesmittelstandstag nicht möglich gewesen
5. Alles im Griff: Tagungspräsident Marco Reuter, MIT-Landesvorsitzender Hessen
6. Am Rande der Beratungen wird die Zeit für den Austausch genutzt
7. Hans Michelbach (l.) und Delegierte der MU Bayern
8. Die Bundesvorsitzende mit Hauptgeschäftsführer und Tagungspräsidium
9. Was die Welt morgen bringt: Friedrich Merz wagt einen Blick in die Zukunft
10. Maik Giesen (l.), Bezirksvorsitzender MIT-Niederrhein, mit Bundesvorstandsmitglied Simon Schmitz
11. Norbert Müller (4. v. r.), Beisitzer im Bundesvorstand, nutzt die Gelegenheit für ein Gruppenfoto
12. MIT-Hauptgeschäftsführer a. D. Thorsten Alsleben wird von seinen beiden Vorsitzenden unter Lob, Dank und Applaus gebührend verabschiedet
13. Digitale und analoge Abstimmungen wechselten sich ab
14. Fabian Wendenburg überreicht Urkunden für die erfolgreichsten MIT-Kreisverbände
15. Gitta Connemann freut sich über die Wiederwahl als MIT-Bundesvorsitzende



8



9



10



11



12



13



14



15



1. Landesgeschäftsführer Tobias Binder und der stellvertretende MIT-Bundesvorsitzende Volker Rode inmitten der hessischen Delegierten
2. Connemann bekräftigt: „Im Grundsatz für die Freiheit, im Zweifel für die Ordnung, im Notfall für die Bedürftigkeit“
3. Merz fragt die Delegierten: „Wollen wir eigentlich auf Dauer ein Industrieland bleiben?“
4. Rund 450 Delegierte kamen nach Kiel, um über die Anträge abzustimmen
5. Vom Tagungspräsidium wurde einiges abverlangt: Leitantrag, Satzungsänderungen und über 60 Sachanträge standen auf der Tagesordnung
6. Heimspiel: MIT-Mitgliederbeauftragter und Schleswig-Holsteins Landesvorsitzender Stefan Lange mit seinem Landesgeschäftsführer Thomas Klömmer und dem neu gewählten Bundesvorstandsmitglied Philipp Groth
7. Mehrmals fanden die Delegierten einen Anlass für stehende Ovationen
8. An den zahlreichen Ständen der Aussteller konnten die Delegierten und Gäste sich informieren und diskutieren
9. Gitta Connemann mit Bundesvorstandsmitglied Walentina Dahms aus Bayern und Ministerpräsident Daniel Günther
10. Auf intensive Diskussionen folgt ...
11. ... Einigkeit in vielen Punkten
12. Bundesschatzmeister Michael Littig appelliert an die Delegierten
13. Schön war's: der 16. Bundesmittelstandstag in Kiel





5



9



6



10



7



11



8



12



13

Fotos: Jördis Zähning



**„Wo erfolgreiche grüne Politik
muss die CDU in der Führung**

INTERVIEW MIT MINISTERPRÄSIDENT REINER HASELOFF ÜBER MITTELSTANDSPOLITIK IM OSTEN, DAS MEGA-THEMA MIGRATION, LÄNDLICHEN RAUM UND REZEPTE GEGEN DIE AFD

Fabian Wendenburg: Sie sind gerade in Berlin zu einem Spitzentreffen der ostdeutschen Ministerpräsidenten mit der Bundesforschungsministerin Stark-Watzinger zum Thema Spitzentechnologie und Forschung. Warum ist das ein besonderes Thema für die Neuen Länder?

Reiner Haseloff: Das ist ein Ost-Thema, da wir aufgrund der deutschen Geschichte keine großen DAX-Unternehmen oder Headquarter der Unternehmen haben. In den alten Bundesländern kommen Investitionen in Forschung und Entwicklung zu zwei Dritteln aus der Wirtschaft und zu einem Drittel vom Staat. Bei uns im Osten ist es genau spiegelbildlich, weil wir vor allem kleine und mittelständische Unternehmen haben: 90 Prozent der Unternehmen haben weniger als 20 Beschäftigte. Sie sind so klein, dass sie keine eigene größere Forschung betreiben. Und viele große Unternehmen verdienen hier viel Geld, zahlen aber kaum Gewerbesteuer. Die Erträge aus der Gewerbesteuer liegen pro Erwerbspersonen für die Kommunen im

Osten bei 50 Prozent gegenüber dem Westen. Das müssen wir als Staat überkompensieren und kommen trotzdem nicht auf das Forschungsvolumen wie im Westen. Dem muss durch bürokratiearme, zugeschnittene Förderprogramme Rechnung getragen werden. Wir sind in einem Aufholprozess, für den wir auch Bundesmittel benötigen. Sonst haben wir in hundert Jahren noch strukturelle Ost-West-Unterschiede.



Politik stattfinden soll,
Verantwortung sein.“



„Viele große Unternehmen verdienen hier viel Geld, zahlen aber kaum Gewerbesteuer.“

Dr. Reiner Haseloff studierte Physik an der TU Dresden und der Humboldt-Universität Berlin. 1978 bis 1990 arbeitete er am Institut für Umweltschutz in Wittenberg. 1990 bis 1992 war er stellvertretender Landrat des Landkreises Wittenberg und im Anschluss (bis 2002) Direktor des Arbeitsamtes Wittenberg. Von 2002 bis 2006 war Haseloff Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt. 2006 bis 2011 wirkte er als Minister für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt. Seit dem 19. April 2011 ist Reiner Haseloff Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt.



Bleiben wir beim Thema Mittelstand. Was heißt bei Ihnen im Land „Mittelstandspolitik“ konkret?

Eine Region erhält durch Großansiedlungen auch für den kleinen Mittelstand Impulse. Intel, Mercedes und Leuna sind hierfür Beispiele. Diese großen Unternehmen greifen dauerhaft auf unternehmensnahe Dienstleistungen vor Ort zurück. Das hilft, die Struktur des Mittelstands zu stützen. Wenn dies mit Forschungsprojekten gekoppelt wird, wie aktuell unser Projekt mit dem Deutschen Zentrum für Luft und Raumfahrt in Leuna für Flugverkehr mit E-Fuels, erhält der Mittelstand viele Impulse. Eine weitere Säule ist För-

derung für Start-ups in Verbindung mit Hochschulkooperation, wo dann Drittmittel zur Verfügung stehen. Aber die Ansiedlungspolitik ist die beste Möglichkeit, das gesamte Umfeld mit hochzuziehen. Das betrifft auch die Einkommen und die Attraktivität einer Region, die wir brauchen, wenn wir weiter Zuwanderung in den Arbeitsmarkt haben wollen.

Das heißt, Sie glauben nicht, dass der kleine Mittelstand in einer Konkur-

renz um Fachkräfte mit den Großprojekten ins Hintertreffen gerät?

Nein, Großprojekte und Mittelstand befruchten sich eher gegenseitig. Zudem dürfen wir nicht übersehen, dass wir noch rund 120.000 Pendler haben. Um viele Aus- und Fernpendler wollen wir uns weiterhin bemühen, sodass ich rein quantitativ keine Probleme sehe. Anders sieht es bei hochspezialisierten Berufen im Bereich Chips oder IT aus, wo die großen Unternehmen ihre Mitarbeiter ohnehin international suchen.

Viele Ökonomen und Mittelständler fragen: Milliarden für Intel – und was bleibt für den normalen Mittelstand? Hören Sie diese Kritik auch im Land?

Die Unternehmen in dieser Region wissen, dass sie von der Ansiedlung profitieren. Hilfreich ist natürlich auch, dass hier Bundesmittel fließen. Im Klima- und Transformationsfonds liegen viele Milliarden, die besser in einer Ansiedlungen aufgehoben sind, als wenn sie für andere Projekte eingesetzt würden. Und ich frage mich, wo die Alternative ist? Wir werden wegen der Energiekosten Teile der Chemie verlieren. Wollen wir noch weitere Produkte und Rohstoffe aus Russland und China importieren? Wir wollen ja Putin nicht reicher machen, sondern ärmer.

Lassen Sie uns auf einen anderen mittelständischen Bereich gucken, nämlich Tourismus, der sehr stark in Sachsen-Anhalt ist. Wie sehen Sie da die Situation nach Corona? Stichwort Inflation, Fachkräftemangel, Mehrwertsteuer?

Der Inlandstourismus hat nach Corona angezogen, in Teilen auch wieder die Vorkrisenzahlen erreicht, zum Beispiel im Harz, weil dort viele Familien Urlaub machen oder viele Wanderer unterwegs sind. In anderen Regionen hängt der Tourismus auch von Sondereffekten wie Jubiläen ab, die dann Schübe mit sich bringen, wie etwa das Reformationsjubiläum. Aber obwohl Tourismus ein wichtiger Faktor unserer Wirtschaft ist, sind wir kein klassisches Urlaubsland. Die Verweildauer ist eben bei Kultururlaube kürzer, als wenn man Strand liegen kann.

Sie haben kein Meer, aber viel ländlichen Raum. Was machen Sie, um den ländlichen Raum zu stärken?

80 Prozent unserer Bürgerinnen und Bürger leben im ländlichen Raum. Unser Land ist so groß wie Hessen, hat aber nur ein Drittel der Einwohner. Die Altmark ist auf 650 Dörfer verteilt. Wenn Sie vom ländlichen Raum spre-

chen: Das ist er. Wie sind deshalb sehr offen für neue Mobilitätskonzepte, zum Beispiel mit Mobilitätshubs, um sternförmig eine Erreichbarkeit des ländlichen Raums sicherzustellen und ihn damit auch für Pendler attraktiv zu halten. Das ist am Ende auch gut fürs Klima. Zugleich finden im ländlichen Raum auch Ansiedlungen statt. Auch in der Altmark gibt es Großindustrie, zum Beispiel mit einer führenden Zellstofffabrik.

Wir sind ein interessantes, heterogenes Land mit vielen Potentialen. Wichtig ist, dass die gesellschaftliche Atmosphäre es zulässt, dass wir anpacken und nicht stagnieren. Der Intel-Chef Pat Gelsinger hat gesagt, er hatte das Gefühl, dass der Hunger nach solchen Investitionen bei uns am stärksten von allen Standorten war.

Sie setzen sich seit Jahren für eine Reform des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks ein. Wo sehen Sie das Hauptproblem, und was schlagen Sie vor?

Unser Bemühen ist es, den ÖRR langfristig als verfassungs- und demokratie-stabilisierendes Gut zu erhalten. Es

genommen werden. Es gibt also viele Redundanzen. Zugleich müssen wir die Medienvielfalt im Auge haben und das duale System mit ausreichend privaten Anbietern stärken.

Kommen wir zum Mega-Thema Migration: Was erwarten Sie konkret, was die Bundesregierung jetzt tun muss? Und wie sehen Sie auch die Rolle der CDU in dieser ganzen Debatte?

Dies ist die wichtigste Frage in Deutschland – keine Frage. Die CDU wird als stärkste politische Kraft in Deutschland, unabhängig davon, dass sie auf Bundesebene in der Opposition ist, dazu beitragen müssen, dass sich die Situation spürbar verbessert. Wir reagieren in zu vielen Ländern und können uns nicht verweigern. Alle Parteien, die wie die CDU Einfluss und Macht haben, müssen etwas zur Lösung beitragen, sonst wandern die Wähler zu den Protestparteien, und dann wird die AfD auch bundesweit weiter wachsen.

Stichwort AfD. Spätestens bei den Wahlen in Hessen und Bayern haben

„Eine Region erhält durch Großansiedlungen auch für den kleinen Mittelstand Impulse. Intel, Mercedes und Leuna sind hierfür Beispiele.“

geht daher um den Erhalt und die Sicherung von Akzeptanz, vor allen Dingen im Altersbereich unter 45 Jahre. Aber das wird nur gelingen, wenn sich der ÖRR deutlich ändert. Konkret heißt das: Fokussierung des Angebots, Doppelungen vermeiden. Zum Beispiel Mediatheken zusammenlegen. Zudem muss der regionale Anteil im Programm der Rundfunkstationen der Länder deutlich erhöht werden. Das, was in den Dritten produziert wird, muss öfters ins Vollprogramm über-

wir gesehen, dass die Partei kein ost-deutsches Phänomen ist ...

... die CDU liegt in Hessen unterhalb der CDU in Sachsen-Anhalt und der Abstand zwischen CDU und AfD ist geringer als in Sachsen-Anhalt ...

Das sind die Zahlen zu der Erkenntnis, die wir seit Jahren haben: Die Partei ist ein gesamtdeutsches Phänomen.

Das erzähle ich seit langem. Im Westen erleben wir das Phänomen letztlich nur mit einer Verzögerung.

Aber was sind die Rezepte?

Es muss eine Reduzierung der Zuwanderung geben. Wir haben alle einen Amtseid geschworen. Der wird nicht ausgehebelt, wenn der Schengen-Raum nicht geschützt wird. Dann müssen wir unsere eigenen Grenzen schützen. Das heißt, es ist eigentlich nur rechtskonformes und rechtsstaatliches Handeln notwendig.

Wie erleben Sie die Debatte über die Brandmauer aus Ihrer Perspektive in Sachsen-Anhalt?

Kein Mensch weiß, was das genau bedeutet. Die Brandmauer wird ja durch Linke und Grüne viel weniger eingehalten als durch andere Parteien. Wenn in Thüringen die ganz Linken mit den ganz Rechten stimmen, wird klar, wie unsauber die Begrifflichkeit ist. Man muss klar Deutsch sprechen. Und das heißt für mich: Mit den Rechten wird nichts gemacht. Mit den ganz Linken wird nichts gemacht – ohne hier eine Gleichsetzung vorzunehmen, weil es einfach unterschiedliche historische Bezüge und Erfahrungen gibt. Unsere Aufgabe ist es, dass die Mitte immer eine Mehrheit hat.



„Die Ampel regiert Mitte-Links, aber die Wähler sind mehrheitlich Mitte-Rechts. Diese Spreizung wird auf die Dauer zum Problem.“



Was passiert, wenn es diese Mehrheit in der Mitte nicht gibt?

Diese Situation gibt es in Thüringen seit einigen Jahren. Und wenn dieser politische Ansatz einer linken Minderheitsregierung bei einer Mitte-Rechts-Mehrheit in der Bevölkerung nicht funktioniert, kann ich nur empfehlen, dass die politische Verantwortung weiter in die Mitte rückt. Eine „Deutschland-Koalition“ zum Beispiel ...

... die es in Sachsen-Anhalt gibt. Ein Vorbild für den Bund?

In Sachsen-Anhalt gibt es 11 Prozent Linke und 20 Prozent AfD – also insgesamt ein gutes Drittel. Wir haben mit der Deutschland-Koalition die Mitte zusammengeführt, wie vorher mit der Kenia-Koalition. Hier regieren Parteien, die alle schon miteinander koalitiert haben. Große Koalitionen gibt es ohnehin nicht mehr. Bei uns liegen AfD und Linke vor der SPD, in Brandenburg liegt die AfD vor der CDU. Koalitionen aus CDU und SPD sind keine Großen Koalitionen, das sind veraltete Begriffe, auch wenn viele im Westen das noch nicht verstanden haben.



„Klimaschutz bekommen wir nur in einer globalen Anstrengung hin.“



Genau. Die Ampel regiert Mitte-Links, aber die Wähler sind mehrheitlich Mitte-Rechts. Diese Spreizung wird auf die Dauer zum Problem.

Ich möchte zuletzt auf das Thema Klimaschutz zu sprechen kommen. Mich hat überrascht, dass die Menschen im Osten laut Umfragen Klimawandel weniger als Priorität sehen als die Menschen im Westen. Gleichzeitig ist Sachsen-Anhalt beim Klimaschutz vorne dabei: Platz 1 bei der Anzahl der Ladepunkte je 100.000 Elektrofahrzeuge, Platz 5 bei der Bruttoleistung aller Windkraftanlagen und Platz 6 bei der Bruttoleistung aller PV-Anlagen. Das spricht dafür, dass Sie eine hohe Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen haben. Wie passt das zusammen?

Wir haben einfach gute Rahmenbedingungen gesetzt und sind das Thema mit den Kommunen und den Bürgern angegangen. Die CDU ist hier seit über 20 Jahren in der Regierungsverantwortung. Das zeigt: Da, wo erfolgreiche grüne Politik stattfinden soll, muss die CDU in der Führungsverantwortung sein. Beim Klimaschutz spricht der Westen spricht viel und macht wenig. 60 Prozent der CO₂-Einsparung seit 1990 sind im Osten aufgebracht worden, also von 15 Prozent der gesamtdeutschen Bevölkerung.

Im Osten gab es aber auch mehr zu tun, Stichwort Umweltverschmutzung in der DDR.

Da haben Sie Recht. Aber das hat dazu geführt, dass man sich im Westen weniger bewegt hat.

Es kommt noch ein Aspekt hinzu: Die Menschen sind nicht vergesslich. Sie haben erlebt, wie sie in Bitterfeld und Leuna aus der größten Umwelt-

verschmutzung, die es in Europa gegeben hat, zu fast paradiesischen Verhältnissen gekommen sind: saubere Luft, sauberes Wasser, saubere Umwelt, eine funktionierende Abfallwirtschaft, eine funktionierende Kreislaufwirtschaft.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung können viele die aktuelle Schwerpunktsetzung nicht nachvollziehen. Konkret: Der Arbeitsplatz, die Inflation, die Energiepreise sind existentiell und unmittelbar erlebbar. Die Bereitschaft, nun gigantische Anstrengungen zu unternehmen, um marginale Änderungen beim Klima zu bewirken, ist dann nicht da. Das sage ich bewusst als Physiker, der in keinsten Weise die Klimaveränderung in Frage stellt und sich in der ersten Hälfte des Lebens ausschließlich mit Atmosphäre und Physik beschäftigt hat.

Wie müsste Klimaschutz dann funktionieren?

Klimaschutz bekommen wir nur in einer globalen Anstrengung hin. Wenn wir hier Arbeitsplätze verlieren, um das globale Klima zu schützen, übernimmt niemand aus dem Ausland die Kosten, die uns entstehen. Es muss also global gedacht werden. Und ich finde, Klimaschutz sollte auf dem Reiseplan der Bundesaußenministerin einen wichtigeren Teil einnehmen als zum Beispiel das Ziel, ein westeuropäisches Geschlechterbild im islamischen Raum zu propagieren. Beim Klimaschutz kann man global wirklich etwas bewirken. ●



Es ist aber spannend, dass Sie die FDP in die Regierung geholt haben, ohne auf ihre Stimmen angewiesen zu sein. Warum haben Sie das gemacht?

In der Geschäftsordnung der Landesregierung haben wir das Einstimmigkeitsprinzip. Und es war meine Strategie, die Mitte-Rechts-Mehrheit, die es in der Bevölkerung gibt, in der Regierung abzubilden. Der Wählerwille muss sich in der Schwerpunktarbeit der Regierung wiederfinden. Und das ist mit der FDP deutlicher abgebildet, als wenn wir ohne die FDP regieren würden.

Das ist ja auch das Problem der Ampel im Bund.

Schließt die Wagenknecht-Partei das „Hufeisen“?

DAS „BÜNDNIS SAHRA WAGENKNECHT“
VERGRÖSSERT NICHT NUR DIE UNRUHE
IN DER PARTEIENLANDSCHAFT.
EINE WAGENKNECHT-PARTEI
IST AUCH FÜR DEN WIRTSCHAFTSSTANDORT
DEUTSCHLAND GEFÄHRLICH.

Was ist die Hufeisentheorie?

Die Extremismustheorie basiert unter anderem auf der Totalitarismustheorie, die maßgeblich von der Philosophin Hanna Arendt mitbegründet wurde. Sie zeigt, dass sich die Wirklichkeit linker und rechter Politik umso mehr ähnelt, je radikaler sie wird. Einer der Gründer der Extremismustheorie ist der Politikwissenschaftler Eckhardt Jesse. Eine bekannte Metapher dieser Denkschule ist die sogenannte „Hufeisen-Theorie“. Demnach bildet das politische Links-Rechts-Spektrum keine gerade Strecke, deren Endpunkte maximal weit voneinander entfernt sind. Die Endpunkte nähern sich vielmehr mit zunehmender Radikalität stark an, sodass das ganze einem Hufeisen ähnelt. Die Darstellung zeigt, dass extremisti-

sche politische Ausprägungen einer Weltanschauung oft ähnlicher sind als ihre politisch moderaten Ausprägungen. Je radikaler die Ansichten sind, desto mehr entfernen sie sich vom freiheitlichen Ideal einer Demokratie mit einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung.

Stimmt die Hufeisentheorie?

Unter bestimmten Politikwissenschaftlern gilt das Modell als überholt oder irreführend. Kritiker der Hufeisen-Theorie betonten in den letzten Jahren, dass die Linkspartei nicht mit der AfD vergleichbar oder dass Extremismus von rechts gefährlicher als der von links sei. Allerdings zeigt die Empirie der Wählerwanderungen, dass zumindest aus Wählersicht etwas dran ist an der Hufeisen-Theorie.



Auch die Geschichte bestätigt die Hufeisen-Theorie im Hinblick auf die menschenverachtenden Tendenzen extremer Ideologien.

Schließt die Wagenknecht-Partei das Hufeisen?

Sahra Wagenknecht hantiert in ihren Publikationen mit ordnungspolitischen Begriffen. Damit erweckt sie den Eindruck, den Ideen von Freiheit und Demokratie verpflichtet zu sein. Bei der Gründung ihres „Bündnisses Sahra Wagenknecht“ blieb sie mit Aussagen zum Thema Wirtschaft sehr vage. Aber man sollte sich nicht täuschen lassen. Ihre wirtschaftspolitische Agenda entspricht einem knallharten Sozialismus. Daraus machte sie in der Vergangenheit keinen Hehl. Sie will die Enteignung privater Un-

ternehmen, Erbschaften radikal begrenzen, Steuern erhöhen und die Abschreibungsmöglichkeiten für Konzerne verringern. Und sie will die Energie-Abhängigkeit von Russland stärken. Von einer Wagenknecht-Partei ist ganz klar eine extremistische Wirtschaftspolitik zu erwarten, die das Hufeisen schließen würde.

Was bedeutet das für den Wirtschaftsstandort Deutschland?

Der Wirtschaft droht mit Wagenknecht eine schädliche Mischung aus abenteuerlichen Verschwörungsmethoden und Planwirtschaft. AfD und Wagenknecht haben gemeinsam, dass sie gegen ausländische Großkonzerne wettern, dass sie Konzerne zerschlagen wollen. Beide wittern

überall Überwachung und Fremdsteuerung. Auch mit der Forderung nach einem höheren Einkommen speziell für Deutsche ist Wagenknecht an die AfD anchlussfähig. Eine Wagenknecht-Partei ist für den Wirtschaftsstandort Deutschland gefährlich. Nicht nur wäre der wirtschaftliche Abstieg vorprogrammiert, auch die Werteorientierung deutscher Politik wäre in Gefahr. Besonders zerstörerisch wäre eine solche Politik für den deutschen Mittelstand. ●



Dr. Christoph Sprich
Redakteur
sprich@mit-bund.de

EU-Check

In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben.



EU-Regulierung: Pragmatisch statt ideologisch

Mit der europäischen „Erneuerbare-Energien-Richtlinie“ (RED) liefert die EU pragmatische Lösungen für die Energiewende. Bis 2030 soll der Anteil erneuerbarer Energiequellen auf 45 Prozent steigen. Mit ihren technologieoffenen und innovationsfördernden Elementen bietet die RED einen optimalen Rahmen für marktwirtschaftliche Lösungen zum Ausbau Erneuerbarer Energien. Mit Inkrafttreten am 20. November 2023 haben Mitgliedstaaten 18 Monate Zeit, die Vorgaben in nationales Recht umzusetzen. Die Bundesregierung muss ihre Prioritäten für eine möglichst bürokratiearme und kostengünstige Energiewende richtig setzen! Pragmatismus siegte zuletzt auch in der Parlamentsabstimmung über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln in der EU (SUR). Der Vorschlag bedeutete einen immensen bürokratischen Mehraufwand und Pauschalverbote. Auch die Mehrheit des federführenden Umweltausschusses hatte die handwerklichen Fehler des Kommissionsvorschlags nicht beheben können. Entsprechend urteilte das Plenum erfreulicherweise mit einem Nein zum Verordnungsentwurf. Wir müssen Lösungen mit und nicht gegen die Landwirtschaft finden.



Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr und EU-Herbstprognose

Vorab der Überarbeitung der Zahlungsverzugsrichtlinie war klar: Die Revision darf nicht zu höherer Verwaltung in Ländern mit guter Zahlungsdisziplin führen. Der neue Entwurf setzt allerdings auf eine starre Zahlungsfrist von 30 Tagen und automatisch eintretende Verzugszinsen. Zudem sollen Mitgliedstaaten öffentliche Durchsetzungsbehörden benennen. Mögliche Folge: mehr Verwaltung. Das Dossier wird im Europäischen Parlament aktuell im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz bearbeitet. Wichtig ist, Zahlungsfristen nicht etwa zu verwässern, sondern branchenspezifische Besonderheiten zu berücksichtigen. Ebenfalls dürfen bewährte Geschäftspraktiken sowie bestehende zivilrechtliche Möglichkeiten nicht unterminiert werden. Der Vorschlag bedarf Verbesserung. Auch die EU-Herbstprognose 2023 löst eher Bedenken als ein Aufatmen aus. „Eine bescheidene Erholung nach einem schwierigen Jahr“ lautet der Titel des Schriftstücks, mit dem die Kommission ihre Konjunkturprognose zum zweiten Mal in diesem Jahr nach unten korrigierte. Hohe Energiepreise oder ein schwaches außenwirtschaftliches Umfeld seien die Gründe des stagnierenden, in Deutschland rückläufigen, Wirtschaftswachstums. Nicht explizit erwähnt ist der enorme Aufwuchs an Berichtspflichten inmitten großer Unsicherheiten. Das Leitmotiv für die verbleibende Legislatur und die nachfolgende Kommission muss daher ein merklicher Bürokratieabbau zur Wahrung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit sein.

Die Jury

Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe



PKM Europe
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Energiapolitik

Energiewende in Gefahr

Mit Garantien von 15 Milliarden Euro soll der kriselnde DAX-Konzern Siemens Energy stabilisiert werden. Der Bund beteiligt sich mit einer Bürgschaft in Höhe von 7,5 Milliarden Euro. Die MIT-Bundsvorsitzende Gitta Connemann ordnete den Fall politisch ein: „Grünes Wirtschaftswunder? Fehlanzeige. Deutschlands Schlüsselkonzern für die Energiewende funkt SOS.“ Connemann legt den Finger in die Wunde: „Wenn die Energiewende in unserem Land nur noch mit Bürgschaften funktioniert, stimmen die Wettbewerbsbedingungen nicht mehr.“ Staatliche Bürgschaften dürften laut Connemann nur das letzte Mittel sein, „geknüpft an einen klaren Ausstiegsplan“.





MIT-Beschluss: Forschungs-Standort stärken

Deutschlands Pharma-Branche verliert international den Anschluss. Jahrelang war Deutschland Spitzenreiter bei der Anzahl klinischer Studien in Europa und die weltweite Nummer 2 hinter den USA. Im vergangenen Jahrzehnt haben jedoch zahlreiche Länder die Bundesrepublik überholt. Laut der zuletzt erhobenen Zahlen aus dem Jahr 2021 wurden in Deutschland lediglich 2.721 klinische Studien durchgeführt. Damit lagen wir auf Platz 7 – deutlich abgeschlagen hinter den USA (12.503 Studien) und China (7.768 Studien). Aber auch europäische Wettbewerber haben Deutschland überholt, etwa Frankreich (3.045 Studien), Spanien (2.950 Studien) und Großbritannien (2.944 Studien).

Ein im November gefasster MIT-Vorstandsbeschluss schlägt Lösungen vor, zum Beispiel die Entbürokratisierung der Genehmigungsverfahren und bundesweite Harmonisierung der Datenschutzrichtlinien. MIT-Chefin Gitta Connemann: „Noch vor einem Jahrzehnt waren wir bei klinischen Studien Weltspitze. Jetzt würgt uns auch hier die Bürokratie ab. Deutschland bleibt nur dann ein starker Wirtschaftsstandort, wenn unseren Forschern keine Fesseln angelegt werden.“

Die MIT-Bundesvorsitzende ergänzt: „Wir brauchen einfachere Verträge zwischen Universitäten und Studiensponsoren, etwa durch Musterklauseln. Nur wenn wir beim Bürokratieabbau den Turbo zünden, schaffen wir den Weg zurück an die Spitze.“

Volkswirtschaft

Habecks Industriestrategie ist „Staatswirtschaft“

56 Seiten, fünf Kapitel, drei Ziele: „Den Standort sichern, Wohlstand erneuern, Wirtschaftssicherheit stärken“ – so steht es in der Industriestrategie, die Wirtschaftsminister Robert Habeck vorgelegt hat. Doch „hinter dem vollmundigen Titel ‚Industriepolitik in der Zeitenwende‘ verbirgt sich weitere Staatswirtschaft“ – zu diesem Urteil kam die MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann.

Sie erklärte: „Deutschland ist als Industriestandort im freien Fall. Inzwischen befindet sich unser Land auf dem letzten Platz aller Industrienationen – hausgemacht. Energiepreise, Steuern, Abgaben, Bürokratie lähmen die heimische Industrie. Es gibt keine Planungssicherheit mehr. Andere Länder locken mit hochattraktiven Bedingungen. Deutschlands Industrie braucht ebenfalls einen Befreiungsschlag. Der zuständige Wirtschaftsminister kündigt dagegen eine weitere Freiheitsberaubung an. Strukturelle Entlastungen oder Erleichterungen für den industriellen Mittelstand? Fehlanzeige. Stattdessen stellt der Wirtschaftsminister massive Subventionen in Aussicht. Frei nach Gutsherrenart: Der Staat nimmt’s. Der Staat gibt’s. Der zuständige Minister zeigt damit, wieviel er der Industrie zutraut - nichts. Die Betriebe wollen kein Taschengeld, sondern vernünftige Rahmenbedingungen. Sie wollen selbst entscheiden, wann, wo und wie sie investieren. Die Betriebe brauchen eine ideologiefreie Energiepolitik für bezahlbaren Strom, etwa durch die Wiederinbetriebnahme der AKW. Gegen den Bürokratie-Burnout würde sofort die Aussetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes helfen. Dazu schweigt der Minister.“

Aber diese Strategie wird ein Papiertiger bleiben. Zeitpläne und Finanzierung bleiben unklar. Und der Streit in der Ampel ist vorprogrammiert. Neue innovative Technologien wie die Speicherung von CO₂ werden von Habecks eigenen Parteigenossen blockiert. Der Angriff auf die Schuldenbremse wird an der FDP scheitern. Gegen den Brückenstrompreis hat der Kanzler selbst ein Veto eingelegt. Die Drei von der Zankstelle gehen also in die nächste Auflage.“

Parteien-Landschaft

Wagenknecht-Bündnis ist „brandgefährlich“ für die Wirtschaft

Die Linke zerfällt. Doch auch Sahra Wagenknechts neues Projekt „Bündnis Sahra Wagenknecht“ steht unter keinen guten Vorzeichen für unsere Wirtschaft. Gitta Connemann kommentierte: „Sahra Wagenknecht und ihre Genossen sind für den Wirtschaftsstandort Deutschland brandgefährlich. Sie weiß selbst, dass der Abstieg Deutschlands vom Industrieland zur Industrieruine droht. Aber ihre Antwort ist knallharter Sozialismus. Zwar oder gerade deshalb blieb sie bei der Parteigründung mit Aussagen zum Thema Wirtschaft sehr vage.

Aber sie hat in der Vergangenheit nie einen Hehl daraus gemacht: Wagenknecht träumt vom Kommunismus in Reinkultur. Sie fordert Planwirtschaft. Sie will die Enteignung privater Unternehmen. Sie will Erbschaften radikal begrenzen. Sie will Steuern erhöhen und die Abschreibungsmöglichkeiten für Konzerne verringern. Und sie will die Energie-Abhängigkeit von Russland stärken. Alle ihre Forderungen sind Gift für den Mittelstand. Das ohnehin bröckelnde Vertrauen der Investoren in Deutschland würde weiter brechen. Eine starke Wagenknecht-Partei würde den Standort Deutschland massiv beeinträchtigen.“

Landwirtschaft

Europaparlament kippt Gesetz zur Reduktion von Pestiziden

Landwirte in der Europäischen Union können unverändert mit dem Einsatz von Pestiziden auf ihren Feldern planen. Das Europaparlament kippte mit knapper Mehrheit ein Gesetz, das eine Reduktion der Nutzung von Pflanzenschutzmitteln bis 2030 um die Hälfte vorsah. Weitere Verhandlungen lehnte das Parlament ebenfalls ab.

Damit werden das Eigentum und die wirtschaftliche Grundlage unserer Landwirte gesichert. Die MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann erklärte: „Eine Enteignung durch die Hintertür wurde abgewehrt. Vernunft siegt über Ideologie. Das ist ein guter Tag für die Landwirtschaft und den Mittelstand.“

Verkehr

MIT fordert: Keine Streiks an Feiertagen

Die Gewerkschaft Deutscher Lokführer (GDL) unter der Führung Claus Weselskys hat die Verhandlungen mit der Deutschen Bahn für gescheitert erklärt und Warnstreiks angekündigt. Damit drohen den Bahn-Kunden Arbeitsniederlegungen auch an den Feiertagen.

Ein neuer MIT-Vorstandsbeschluss fordert nun: „Streiks im unmittelbaren zeitlichen Umfeld bundesweiter Feiertage sind vor dem Hintergrund der Bedeutung dieser Tage für unser Land unverhältnismäßig, wenn diese Streiks primär zu Belastungen bei unbeteiligten Dritten führen, und sollten entsprechend untersagt werden.“ Eine weitere Forderung lautet, dass Streiks, auch Warnstreiks, im Bereich der kritischen Infrastruktur „nur nach einem verbindlichen abgeschlossenen Schlichtungsverfahren durchgeführt werden“ dürften. Zu den kritischen Infrastrukturen zählen unter anderem die Energie- und Wasserversorgung sowie Rettungsdienste, aber auch der Flug-, Bahn- und Schiffsverkehr.

Dazu erklärte Gitta Connemann: „Gerade in diesen Krisenzeiten brauchen Familien besinnliche Weihnachten. Feiertage dürfen nicht als Druckmittel eingesetzt werden – schon gar nicht zur Selbstinszenierung.“ Schließlich sei der Arbeitgeber verhandlungsbereit, die Drohung mit Arbeitsniederlegungen daher unverhältnismäßig und störe den gesellschaftlichen Zusammenhalt. „Hier muss der Gesetzgeber einschreiten: Deutschland braucht endlich ein gesetzliches Arbeitskampfrecht statt Richterrecht“, ergänzte die MIT-Chefin.



„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

... ich mich mit den Zielen der MIT identifizieren kann.“



Werner Krieger

Geschäftsführer,
MIT Emmendingen

... die MIT ein hervorragendes Netzwerk bietet, das ich bei Entscheidungen im Parlament konsultieren kann.“



Hildegard Bentele

Mitglied des Europäischen Parlaments,
MIT Berlin-Mitte

... schon mein Opa sagte: „Von nichts kommt nichts!“



Carolin Oeverhaus-Peitz

Rechtsanwältin,
MIT Gütersloh

Werner Krieger (61) ist geschäftsführender Gesellschafter der GFA Vermögensverwaltung in Herbolzheim bei Freiburg. Dort bieten er und sein Team einen professionellen Service für Personen oder Unternehmen, die ihr Vermögen verwalten möchten. Nach seinem wirtschaftswissenschaftlichen Studium hatte Krieger eine Ausbildung zum Analysten (CEFA) absolviert. Inzwischen blickt Krieger auf über 30 Jahre Erfahrung im Bereich Börse, Investment und Kapitalmarktforschung zurück und gibt diese als Dozent in Form von Vorträgen, Kursen und Webinaren weiter. Auch als Kolumnist und Redner zu wirtschaftspolitischen Themen ist er auf verschiedenen Veranstaltungen gern gesehener Experte. Privat geht er gerne wandern, liebt gutes Essen und Kraftsport.

Hildegard Bentele, verheiratet und Mutter zweier Kinder, wurde 1976 in Ludwigsburg geboren. Nach ihrem Abitur studierte sie in Heidelberg, Paris, Brüssel und Berlin Politikwissenschaften und trat 2002 ihren Dienst als Diplomatin beim Auswärtigen Amt an. Nach Verwendungen an den Deutschen Botschaften in Zagreb und Teheran arbeitete sie als außenpolitische Beraterin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und war ab 2011 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. 2019 wurde Bentele ins Europäische Parlament gewählt und vertritt dort den Wahlkreis Berlin als einzige CDU-Abgeordnete. Sie ist Mitglied im Umwelt-, Industrie- und Entwicklungsausschuss. Bentele ist Berichterstatterin der EVP-Fraktion zum Gesetz über kritische Rohstoffe.

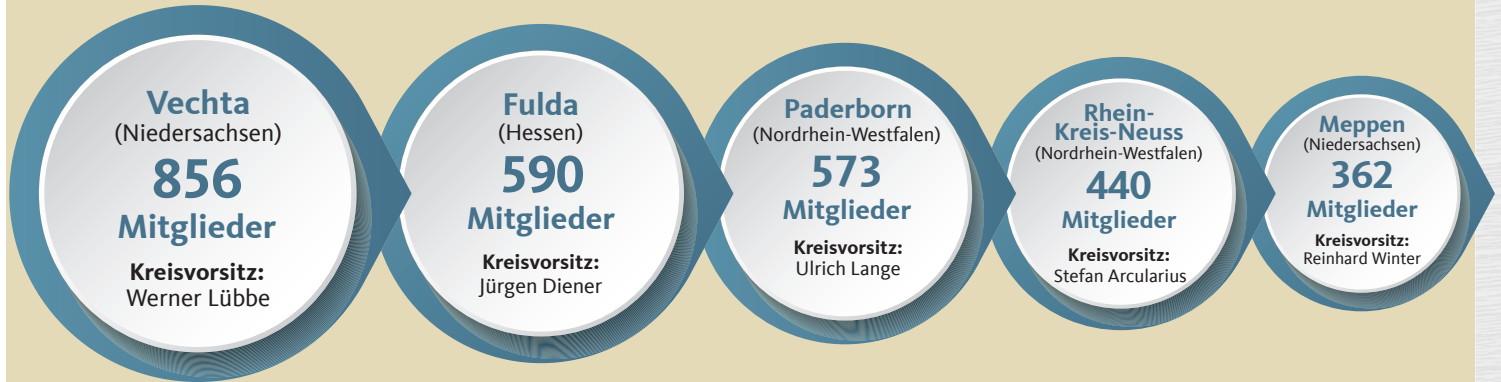
Carolin Oeverhaus-Peitz (42) lebt mit ihrer Familie in Rheda-Wiedenbrück. Ihr Studium der Rechtswissenschaften absolvierte sie in Marburg und Münster, ihr Rechtsreferendariat am Landgericht in Bielefeld. Bereits während Ihres Referendariats legte sie mit der Fortbildung zur Fachanwältin für Familienrecht die Grundsteine für ihren weiteren beruflichen Werdegang, zunächst als angestellte Rechtsanwältin mit dem Dezernat Familienrecht, seit 2016 dann in eigener Kanzlei in Rheda-Wiedenbrück mit den Schwerpunkten Familien- und Erbrecht. Ein besonderes Augenmerk legt Carolin Oeverhaus-Peitz auf stetige Entwicklung durch Fortbildung, Digitalisierung und Strukturierung interner Arbeitsabläufe, um guten Arbeitskräften flexible Arbeitsabläufe bieten zu können.

Die MIT ist mit rund 25 000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe drei unserer Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: www.mit-bund.de/mitgliedschaft



Mitgliederstatistik

Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände
(31.10.2023)



Verbände mit dem größten relativen Zuwachs
(31.10.2023)



Verbände mit dem größten absoluten Zuwachs
(31.10.2023)





„Unternehmerisches Engagement wirkt!“

Manuela Roßbach,
Geschäftsführende Vorständin
von Aktion Deutschland Hilft

Als Unternehmen ein Zeichen zu setzen und soziale Verantwortung zu übernehmen zahlt sich aus! Denn Ihre Hilfe kommt Menschen in Not direkt zugute – und gleichzeitig stärken Sie das Engagement Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Immer mehr Unternehmen unterstützen Hilfsprojekte auf vielfältige und kreative Weise – zum Beispiel mit Spendenaktionen und Sammlungen. In humanitären Notsituationen ist das unendlich wertvoll. Die Zusammenarbeit mit renommierten Hilfsorganisationen bietet dabei großartige Chancen.

Liebe Leserinnen und Leser des Mittelstandsmagazins, an unserer Seite können Sie entscheidend zu überlebenswichtiger Nothilfe und wirksamer Katastrophenvorsorge in Krisengebieten beitragen. Helfen und spenden Sie nachhaltig – lassen Sie uns noch heute zu starken Partnern werden!

Gemeinsam können wir Leid lindern und Leben retten. Mein besonderes Anliegen: Unterstützen Sie Menschen aus der Ukraine und dem Nahen Osten, die unter den Folgen von Krieg und Gewalt leiden. Oder helfen Sie Menschen, die bei den Erdbeben in Afghanistan alles verloren haben.

Herzlichen Dank für Ihr großartiges Engagement. Ich freue mich sehr, Sie an unserer Seite zu wissen.

Ihre

Manuela Roßbach
Geschäftsführende Vorständin
von Aktion Deutschland Hilft



Unternehmen helfen: Eine Spende ist das schönste Geschenk

Aktion Deutschland Hilft ist Ihr starker Partner für unternehmerisches Engagement. In dem Bündnis haben sich mehr als 20 Hilfsorganisationen zusammengeschlossen. Bei Krisen und Katastrophen leisten sie weltweit Hilfe – gemeinsam, schnell und effektiv. Und unsere Projekte zur Katastrophenvorsorge helfen, Leid zu verhindern, bevor es geschieht.

Ihr unternehmerisches Engagement und unsere langjährige Erfahrung in der humanitären Hilfe – das ist eine großartige Voraussetzung, Menschen in Not nachhaltig zu unterstützen.

Gerne beraten wir Sie persönlich und finden die passende Kooperationsmöglichkeit für Sie – kontaktieren Sie uns noch heute!

Wir beraten Ihr Unternehmen individuell und persönlich!

E-Mail: marketing@Aktion-Deutschland-Hilft.de
Telefon: 0228 242 92-420

So können Sie als Unternehmen helfen

- Unternehmensspende zu besonderen Anlässen
- Spendensammlung oder Benefizveranstaltung
- Förderung eines konkreten Hilfsprojekts



Spendenkonto
DE62 3702 0500 0000 1020 30
www.Aktion-Deutschland-Hilft.de/csr



DIE WEITEREN AUSSICHTEN:

**DAS HOCH DER
KOSTEN SORGT
FÜR EIN TIEF AM
STANDORT.**

